

22. April 2014

LANDESHAUPTSTADT



Herrn ^{la¹²/4}
Oberbürgermeister Sven Gerich

19/4

Der Magistrat

über
Magistrat

Stadtkämmerer,
Dezernent für Gesundheit
und Kliniken

und

Stadtrat Axel Imholz

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel

an den Ausschuss für Soziales und Gesundheit

16. April 2014

*Betreff: Zukünftige Situation von Hebammen sowie Fachärztinnen in der Geburtshilfe
Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit Nr. 0041 vom 19.03.2014.
(Vorlagen-Nr. 14-F-03-0034)*

Wir berichten wie folgt:

- | | |
|---|-----|
| 1. Frauenärztinnen und -ärzte in Wiesbaden (lt. Ärztekammerliste) | 100 |
| davon in Kliniken | 32 |
| in Praxen | 68 |
| beim Gesundheitsamt Wiesbaden gemeldete Hebammen | 70 |

Die Zahl der hier gemeldeten Hebammen hat sich in den letzten Jahren nicht nennenswert verändert.

Die genannten Zahlen sind allerdings nicht sehr aussagekräftig, denn sie beinhalten keine Information darüber, wie viel der Arbeitskapazitäten tatsächlich auf die Geburtshilfe im eigentlichen Sinne entfallen:

- a) ein Teil der Frauenärztinnen und -ärzte z.B. ist in unterschiedlichen nicht-geburtshilflichen Arbeitsfeldern tätig (Vorsorgeuntersuchungen, gynäkologische Onkologie, Kinderwunschprechstunde, Endokrinologie);
 - b) zudem sind viele Ärztinnen und Ärzte sowie Hebammen nicht vollzeitig berufstätig.
2. Die geburtshilfliche Versorgung (z.B. die Schwangerschaftsvorsorge und die Entbindung selbst) in Wiesbaden ist nicht gefährdet; die drei großen Kliniken betreiben eigenständige Abteilungen bzw. Kreißsäle und werben sogar um Kundinnen/Kunden.
Die ambulante Versorgung durch Hebammen (sowohl vor als auch nach der Entbindung) hingegen hat mit Kapazitätsproblemen zu kämpfen: es gestaltet sich oftmals recht mühsam, eine Hebamme zu finden, die noch freie Valenzen hat und bereit ist, die Betreuung zu übernehmen.

3. Eine geburtshilfliche Versorgungslücke in Wiesbaden ist nicht erkennbar
- s.o. Punkt 2; insoweit erübrigen sich weitergehende Überlegungen zur
Lösung solcher lediglich hypothetischer Probleme.
4. Für die Verbesserung der beruflichen Situation der Hebammen besonders
im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Haftpflichtver-
sicherung muss auf Bundesebene eine Lösung gefunden werden.
Die Stadt selbst kann auf diesem Felde nichts tun.

Ad. L2